

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

25X1

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

This is UNEVALUATED Information

CONFIDENTIAL

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Verfuegungen und Mitteilungen of the Ministry of Construction

DATE DISTR. 16 November 1956

NO. PAGES 2

REQUIREMENT NO. RD

REFERENCES

ENCLOSURE ATTACHED
PLEASE ROUTE

DATE OF INFO.

PLACE & DATE ACQ.

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

issues No.8 and No. 9/10, 25X1 dated 16 April and 15 May 1956 respectively, of Verfuegungen und Mitteilungen (Directives and Bulletins) of the Ministry of Construction. The tables of contents are as follows:

No. 8, 16 April 1956

instructions for special examinations for mastercraftsmen (Meister) of the nationalized construction and building materials industries.
decree for consolidation of Berlin Drafting Offices I and II.
instructions for State construction supervisory organizations.
Sunday pay for watchmen in drafting offices.
reports on accidents and prevention thereof in the construction industry.
construction machinery available.
evaluation of construction industry literature.

No. 9/10, 15 May 1956

directives of 23 January 1956 concerning measures to overcome the Funktional system.
decrees by the State Contract Court.
use of the over-all contract system.
extent of insurance coverage by nationalized fire insurance companies.
standardized construction elements, dated March 1956.
conservation of round steel shapes.
pay for uninterrupted worktime in the drafting offices.
handling of planning contracts of worker housing cooperatives (AWG).
determination of building sites.
preparation of ground plans.
implementation of architectural controls.
policies concerning unitary standardized planning.
planning of "green" areas.
list of construction consultants recently approved.
publication of Deutsche Bauordnung (German Construction Laws) in IV 1956.
study course in construction ceramic materials.
compressors available.

CONFIDENTIAL

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

CONFIDENTIAL

-2-

25X1

fulfillment of the 1956 investment plan by the local construction industry.
making up the I/1956 deficit in the transport plan.
fulfilling needs for precipitated chalk (Schlaemmkreide).
conclusion of contracts with privately-owned natural stone enterprises.
publication of Technologische Kartei (technological instruction sheets).
publication of Bautagebuch (construction report book).
construction machinery available.
founding as of 1 April 1956 the VEB Bagger- und Foerderarbeiten
(excavating and conveying work enterprise) in Leipzig; under the
jurisdiction of the Main Administration for Special Construction
Enterprises (HV Spezialbaubetriebe); address, Heinrich-Heine-Strasse
21/23, Leipzig-Boehlitz-Ehrenberg; enterprise manager, Helmut Schloemann.
book review: Die Betriebsanalyse in der Baustoffindustrie
(enterprise analysis in the building materials industry) by N.E.
Fugelsang and H. J. Sotin (translated from Russian).

25X1

CONFIDENTIAL

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

25X1

1956

Berlin, den 16. April 1956

Nr. 8

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
A. Allgemeiner Teil			
16. Anweisung zur Durchführung der Sonderprüfungen für Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie	1	37. Sonntagszuschläge für Wächter in den Entwurfsbüros	4
17. Prüfungsordnung für Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie	2	38. Erfahrungsaustausch über Unfallgefahren und Anleitung zur Verhütung von Unfällen in der Bauindustrie (Informationsschreiben Nr. 32 der Hauptsicherheitsinspektion)	4
B. Besonderer Teil			
I. Technik und Entwurf			
35. Anordnung über die Zusammenlegung der Entwurfsbüros für Industriebau Berlin I und Berlin II	4	II. Baustoffindustrie	
36. Hinweise für die Organe der Staatlichen Bauaufsicht	4	III. Bauindustrie	
		22. Angebot von Baumaschinen zur vermögensrechtlichen Umsetzung	6
		C. Buchbesprechung	
		5. Auswertung des fachtechnischen Schrifttums	6

A. Allgemeiner Teil

16. **Anweisung zur Durchführung der Sonderprüfungen für Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie**
Auf Grund des § 7 der 2. Durchführungsbestimmung vom 16. Januar 1953 zur Anordnung über die Bildung einer Hauptabteilung Fachschulwesen beim Staatssekretariat für Hochschulwesen — Sonderprüfungen für Meister, Techniker und Ingenieure — (GBl. Seite 142) wird über die Durchführung von Sonderprüfungen für Meister der volkseigenen Bau- und Baustoffindustrie folgendes angeordnet:

I

- Die Sonderprüfungen als Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie erfolgen auf der Grundlage der bestätigten Studienpläne des Ministeriums für Aufbau und der veröffentlichten Prüfungsordnung für Meister der volkseigenen Bau- und Baustoffindustrie.
- Die Sonderprüfungen führen durch:
 - für Meister der volkseigenen Bauindustrie die Fachschule für Bautechnik Blankenburg-Harz, Harzstraße 3.
 - für Meister der volkseigenen Baustoffindustrie die Fachschule für Baustoffe Apolda, Opelstr. 2.

II

- Voraussetzung zur Ablegung der Sonderprüfung ist:
 - eine positive Einstellung zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.
 - eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem Bauhaupt- oder Nebenberuf oder dieser abgeschlossenen Berufsausbildung gleichzusetzende Tätigkeitsmerkmale
 - eine langjährige Tätigkeit in der Produktion als Brigadier oder Meister ohne staatliche Abschlußprüfung.

III

- Bei der Delegation sind der Fachschule folgende Unterlagen einzureichen:
 - Delegationsschreiben des Betriebes
 - ausführlich begründeter Antrag des Betriebes, aus dem die Qualifikation genau ersichtlich ist — unterzeichnet vom Betriebsdirektor und technischen Direktor —
 - fachliche und gesellschaftliche Beurteilung durch die Kaderabteilung und BGL des Betriebes
 - lückenlos ausgefüllter Fragebogen der Deutschen Demokratischen Republik
 - handgeschriebener Lebenslauf
 - beglaubigte Abschriften der Berufszeugnisse
 - lückenloser Tätigkeitsnachweis und Nachweis der besuchten Schulen und Lehrgänge.

IV

- Sonderprüfungen werden einmal jährlich durchgeführt.
- Die Termine für die Ablegung der Sonderprüfung werden von den Fachschulen festgelegt.
- Vorbereitungslehrgänge zur Ablegung der Meisterprüfung können von der Fachschule für Bautechnik und der Fachschule für Baustoffe von einer Dauer bis zu 4 Wochen durchgeführt werden.
- Im allgemeinen führen die Betriebe Vorbereitungslehrgänge zur Ablegung der Sonderprüfung in ihren technischen Betriebsschulen durch. Verantwortlich für die Vorbereitung sind die Leiter der technischen Betriebsschulen bzw. die Leiter der Abteilung Arbeit.
- Die Abteilungen Fern- und Abendstudium der Fachschulen für Bauwesen bzw. die Abteilung Abendstudium der Fachschule für Baustoffe sind verpflichtet, auf Antrag des Betriebes Konsulta-

tionen zur Vorbereitung auf die Sonderprüfung durchzuführen. Die entstandenen Kosten der Fachschule bei der Durchführung von Konsultationen gehen zu Lasten des Betriebes.

V.

1. In Abweichung von der Prüfungsordnung, zur Erleichterung der Sonderprüfung, haben Bewerber, die älter als 45 Jahre sind und über eine mindestens zehnjährige Meisterpraxis verfügen, als Nachweis ihrer Qualifikation — soweit auf sie nicht § 5 der 2. Durchführungsbestimmung vom 16. Januar 1953 Anwendung findet — je eine Klausur in Gesellschaftswissenschaft und Betriebsökonomik sowie zwei weitere Klausuren aus den speziellen Fachwissenschaften zu schreiben und sich einer mündlichen Prüfung zu unterziehen.
2. Für sämtliche unter Ziffer 1 aufgeführten Bewerber entfällt die Ablegung einer praktischen Prüfung.
3. Für die Ablegung der Sonderprüfung sind dem Bewerber 6 arbeitsfreie Tage zu gewähren, die nicht auf den Jahresurlaub anzurechnen sind.
4. Die Prüfungsgebühren für jeden Teilnehmer betragen 25,— DM. Diese Gebühren müssen vom Bewerber getragen werden und sind vor Beginn der Prüfung bei der Fachschule einzuzahlen.

VI

1. Die Einreichung der Bewerbungsunterlagen an die Fachschulen hat für die Sonderprüfungen
 - a) im Jahre 1956 bis zum 30. Juni 1956
 - b) im Jahre 1957 bis zum 31. März 1957
 - c) im Jahre 1958 bis zum 31. März 1958
 zu erfolgen.
2. Die Betriebsdirektoren der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffbetriebe haben dafür zu sorgen, daß die für die Ablegung einer Sonderprüfung in Frage kommenden Bewerber die Prüfung als Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie bis zum 31. Dezember 1958 ablegen. Zu einem späteren Zeitpunkt werden keine Sonderprüfungen als Meister abgenommen.

17. Prüfungsordnung für Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie

I

Allgemeine Bestimmungen

1. Die Ausbildung zum Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie schließt mit der staatlichen Abschlußprüfung ab.
2. Die Abschlußprüfungen werden an den nachstehend genannten Fachschulen durchgeführt:

Im Abendstudium:

Fachschule für:
Baustoffe
Apolda
Opelstraße 2
Bauwesen und Innenarchitektur
Berlin-Lichtenberg 4
Marktstraße 10/11
Bauwesen
Erfurt
Schlüterstraße 1/2
Bauwesen
Glauchau
Karl-Liebknecht-Str. 1
Bauwesen
Zittau
Schliebenstr. 21
Bauwesen

Leipzig S 3
Raschwitzer Str. 15
Bauwesen
Magdeburg
Brandenburger Str. 9
Bauwesen
Wismar
Stalinstr. 335

Im Tagesstudium:

Fachschule für:
Baustoffe
Apolda
Opelstraße 2
Bautechnik
Blankenburg/Harz
Harzstraße 3
Bauwesen
Erfurt
Schlüterstr. 1/2
(nur für die Fachrichtungen Gas- und Wasserinstallation und Heizungs- und Lüftungsbau)

3. Der Direktor der Fachschule hat die Prüfungstermine festzulegen und den Prüfungsplan aufzustellen.
4. Der Direktor der Fachschule ist dafür verantwortlich, daß die Prüfungsräume in einer würdigen Form ausgestaltet werden.

II

Prüfungskommission

1. Die Prüfungen werden je nach Anzahl der Prüflinge von einer oder mehreren Kommissionen abgenommen. Bei mehreren Prüfungskommissionen muß ein Leiter der Gesamtprüfung festgelegt werden.
2. Der Prüfungskommission gehören an:
 - a) der Direktor oder der von ihm beauftragte Vertreter als Vorsitzender
 - b) die prüfenden Dozenten
 - c) Ingenieure und Meister aus der Praxis, die der Fach- oder Berufsrichtung entsprechen (Aktivisten, Helden der Arbeit, Verdiente Erfinder u. a. m.)
3. Beschließende Stimme haben der Direktor oder der von ihm beauftragte Vertreter, die Prüfer, ein Ingenieur der Praxis aus der Fach- oder Berufsrichtung, in der die Prüfung abgelegt wird, und ein Meister mit staatlicher Abschlußprüfung. Alle anderen Kommissionsmitglieder haben beratende Stimme.
4. Bei Abstimmung entscheidet die einfache Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
5. Die Prüfungsthemen und die Aufgaben unterliegen für alle Beteiligten von ihrer Erarbeitung an bis zur Bekanntgabe an die Schüler der Geheimhaltung. Sämtliche Verhandlungen über die Prüfungen unterliegen der Verschwiegenheit. Vor Beginn der Prüfung hat der Vorsitzende auf diese Pflicht besonders hinzuweisen.

III

Die Prüfung

1. Die Prüfung besteht aus drei Teilen:
 1. Teil: Die praktische Prüfung auf einer Baustelle bzw. in einem Betrieb der volkseigenen Baustoffindustrie
 2. Teil: Die schriftliche Prüfung
 3. Teil: Die mündliche Prüfung

1. Teil: Die praktische Prüfung

- a) Die Kommission zur Beurteilung der praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Sinne des Meisters der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie setzt sich zusammen

im Direktstudium aus:

dem Direktor der Fachschule
oder seinem Beauftragten,
dem verantwortlichen Leiter der Baustelle,
dem Vorsitzenden der BGL der Baustelle
oder des Betriebes

im Abendstudium aus:

dem Betriebsdirektor,
dem Technischen Direktor,
einem Vertreter der BGL
und einem Vertreter der Fachschule

- b) Die praktische Prüfung ist so durchzuführen, daß sich die Kommission ein Bild darüber verschaffen kann, ob der Prüfungskandidat ausreichende organisatorische Fähigkeiten bei der Lenkung des Produktionsablaufes besitzt.
- c) Im Direktstudium erfolgt die Prüfung innerhalb des von der Fachschule organisierten Praktikums.
- d) Kandidaten, die im Abendstudium studieren, sind in den Betrieben zu prüfen, in denen sie zur Zeit tätig sind.
Brigadiere, Bestarbeiter usw. ist im letzten halben Jahr des Studiums befristet ein Meisterbereich zu übertragen.
Aus der Beurteilung der praktischen Prüfung muß hervorgehen, ob der Kandidat die politischen, fachlichen und organisatorischen Fähigkeiten besitzt, Meister der volkseigenen Bau- bzw. Baustoffindustrie zu sein.
Die Beurteilung soll spätestens 4 Wochen vor Beginn der schriftlichen Prüfung der Fachschule vorliegen.
- e) Im Einvernehmen mit der Fachschule sind die Prüfungstermine vom Betrieb festzulegen.

2. Teil: Die schriftliche Prüfung

- a) Im Direktstudium gelten sämtliche, im Abendstudium sämtliche während des zweiten Ausbildungsabschnittes unterrichteten Fächer als Prüfungsfächer (Sonderprüfungen vgl. Anweisung unter Ziffer IV).
- b) Für Fächer, in denen weder schriftlich noch mündlich geprüft wird, gelten die Ergebnisse der im Klassenbuch festgelegten systematischen Leistungskontrollen als Prüfungsergebnis.
- c) In Gesellschaftswissenschaft und in vier bis fünf auszuwählenden Fächern werden unter Aufsicht einer Lehrkraft Klausuren geschrieben.
- d) Für die Anfertigung jeder Klausur stehen bis zu fünf Zeitstunden zur Verfügung. Die Dauer entscheidet die Fachkommission Fern-, Abend- und Meisterstudium.
- e) Die Fachkommission Fern-, Abend- und Meisterstudium legt die Fächer fest, in denen Klausuren geschrieben werden.
- f) Die Themen zu den Klausuren sind entsprechend dem Lehrplan von der Fachschule festzulegen.
- g) Die Klausuren werden von zwei Lehrkräften unabhängig voneinander bewertet. Die Endnote

wird gemeinsam festgelegt und auf der Arbeit vermerkt.

3. Teil: Die mündliche Prüfung

- a) Die mündliche Prüfung wird als Einzelprüfung nach der Zettelmethode durchgeführt.
- b) Sie erfolgt in Gesellschaftswissenschaft und in mindestens zwei anderen Fächern, jedoch höchstens in vier Fächern. Die Fächer sind den Prüfungskandidaten drei Tage vor der mündlichen Prüfung bekanntzugeben.
- c) Die mündliche Prüfung soll in jedem Unterrichtsfach nicht länger als 15 Minuten dauern.
- d) In jedem Prüfungsfach darf der Kandidat zwei Fragen zur Auswahl ziehen.
Eine Abminderung der Note erfolgt hierbei nicht.

IV.**Prüfungsprotokoll**

Über den Verlauf der mündlichen Prüfungen werden Protokolle geführt, die alle stimmberechtigten Mitglieder der Prüfungskommission unterzeichnen. Das Protokoll über die schriftliche Prüfung unterzeichnet die jeweilige aufsichtführende Lehrkraft.

V.**Hilfsmittel, Täuschung oder Täuschungsversuche**

- Der Direktor bestimmt, welche Hilfsmittel bei den Klausuren verwendet werden dürfen.
- Der Gebrauch von unerlaubten Hilfsmitteln sowie weitere Täuschungsversuche führen zum Ausschluss aus der Prüfung. Wird die Täuschung erst nach Ausstellung des Zeugnisses erkannt, ist das Zeugnis für ungültig zu erklären. Der Direktor entscheidet in Zusammenarbeit mit dem Abteilungsleiter bzw. den Fachdozenten, ob und unter welchen Bedingungen der Prüfungskandidat die Prüfung wiederholen kann.

VI**Ergebnis der Prüfung**

- Für die Bewertung der Leistungen in den einzelnen Fächern gelten die in der Anlage 1 der Anweisung Nr. 72 der Hauptabteilung Fachschulwesen beim Staatssekretariat für Hochschulwesen gegebenen Bewertungsmaßstäbe.
- Die Leistungen werden durch folgende Noten bewertet:

1 = sehr gut
2 = gut
3 = befriedigend
4 = ausreichend
5 = ungenügend
- Eine Abschlußprüfung ist nicht bestanden, wenn der Prüfungskandidat in einem Unterrichtsfach ungenügende Leistungen gezeigt hat.
- Die Prüfungskommission entscheidet beim Nichtbestehen der Abschlußprüfung, ob und unter welchen Bedingungen der Prüfungskandidat die Prüfung bzw. Teile der Prüfung wiederholen kann.
- Ein Kandidat, der die Prüfung nicht bestanden hat, kann nach frühestens einem Jahr diese wiederholen.
Eine zweite Wiederholung der Prüfung ist nicht möglich.
- Das Ergebnis der praktischen Prüfung und die Ergebnisse in den einzelnen Fächern (Prüfungsergebnis oder Ergebnis der systematischen Leistungskontrolle) werden in einer Gesamtnote zusammengefaßt.

7. Das Gesamturteil ist wie folgt festzulegen:

Mit Auszeichnung bestanden
Mit sehr gut bestanden
Mit gut bestanden
Mit befriedigend bestanden
Mit ausreichend bestanden

8. Die Maßstäbe für die Ermittlung der Gesamtnote sind aus der Anlage 2 der Anweisung Nr. 72 ersichtlich.

VII

Die Zeugnisse

1. Auf Grund der Prüfung wird von der Fachschule ein Zeugnis ausgestellt. Aus dem Zeugnis müssen ersichtlich sein:
 - a) Das Ergebnis der praktischen Prüfung
 - b) Die Ergebnisse aus sämtlichen Fächern
 - c) Das Gesamturteil
2. Die Ablegung der staatlichen Prüfung berechtigt zur Führung der Berufsbezeichnung „Meister der volkseigenen Bauindustrie- bzw. Baustoffindustrie“. Die entsprechende Fach- oder Berufsrichtung ist im Zeugnis zu vermerken.
3. Beim Nichtbestehen der Prüfung kann die Fachschule eine Bescheinigung über die Teilnahme am Studium ausstellen.
4. Den Schülern steht das Beschwerderecht beim Ministerium für Ausbau zu.
5. Der Einspruch muß spätestens 14 Tage nach der Prüfung erfolgt sein. Nach Ablauf dieser Frist erlangt die Entscheidung der Prüfungskommission Rechtsgültigkeit.

VIII

Der Abschlußbericht

Zur Auswertung der Prüfung ist ein Abschlußbericht anzufertigen. Eine Durchschrift erhält das Ministerium für Aufbau.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

35. Anordnung über die Zusammenlegung der Entwurfsbüros für Industriebau Berlin I und Berlin II
Mit Wirkung vom 1. April 1956 werden die Entwurfsbüros für Industriebau Berlin I und Berlin II zum

Entwurfsbüro für Industriebau Berlin

vereinigt. Alle Rechte und Pflichten der bisherigen Entwurfsbüros für Industriebau Berlin I und Berlin II gehen auf das neugebildete Entwurfsbüro über.

Für die Durchführung der notwendigen organisatorischen Maßnahmen ist der Leiter der Hauptverwaltung Städtebau und Entwurf verantwortlich.

36. Hinweise für die Organe der Staatlichen Bauaufsicht

1. Zu § 3 Abs. 2 der Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht.

Das Ministerium des Innern kann die ihm zustehenden bauaufsichtlichen Befugnisse auch auf die Gütekontrolle in den bautechnischen Entwurfsbüros des Ministeriums für Aufbau oder der Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke oder der volkseigenen Baubetriebe übertragen, soweit die Entwurfsbüros mit der Ausarbeitung der bautechnischen Unterlagen oder die Baubetriebe mit der Bauausführung beauftragt sind. Bei Übernahme von Aufträgen des Ministeriums des Innern ist die bauaufsichtliche Zuständigkeit schriftlich festzulegen.

2. Zu I Abs. 3 Buchstabe c der Dritten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Staat-

liche Bauaufsicht. — Gebührenordnung der Staatlichen Bauaufsicht —

Zu den Genossenschaften, die auf der Basis sozialistischen Eigentums arbeiten, zählen auch die Konsumgenossenschaften.

37. Sonntagszuschläge für Wächter in den Entwurfsbüros

Die Mitteilung in Nr. 5/56 unter B I Ziff. 23 auf Seite 4 der „Verfügungen und Mitteilungen“ ist von einigen Entwurfsbüros unrichtig ausgelegt worden. Die darin erteilte Zustimmung zur Durchführung des Wachdienstes an Sonntagen hat für die Bezahlung von Sonntagszuschlägen lediglich im Rahmen von § 1 Abs. 2 der Verordnung vom 6. August 1953 (GBl. S. 925) Bedeutung. Das heißt, daß solche Zuschläge — und zwar in der alten Höhe — nur in den Fällen gezahlt werden dürfen, in denen sie nach dem 8. Mai 1945 für regelmäßige Sonntagsarbeit gewährt, später jedoch abgeschafft worden sind. Diese Zuschläge sind personen-gebunden. Die erteilte Zustimmung begründet dagegen keinesfalls die Zulässigkeit einer Neuaufnahme der Zahlung von Sonntagszuschlägen an Wächter.

38. Erfahrungsaustausch über Unfallgefahren und Anleitung zur Verhütung von Unfällen in der Bauindustrie

(Informationsschreiben Nr. 32 der Hauptsicherheitsinspektion)

Unfälle durch den Betrieb von Bahnen und bei Arbeiten an Gleisen

1. Zwei Kollegen wollten feststellen, ob eine das Werkgleis (Normalspur) kreuzende Druckluftleitung undicht sei.

Sie versäumten, vor dem Betreten des Gleises nach rechts zu sehen — überhörten durch die starken Geräusche des Werkbetriebes das Heranfahren des Werkzeuges, das Pfeifen der Lok und der Rangierer — und betraten das Werkgleis kurz vor einem mit 6 km Geschwindigkeit rückwärts einfahrenden Werkzeug. Beide Kollegen betraten das Gleis in der Fahrtrichtung und standen mit dem Rücken dem Zug zu.

Der Kollege, der außerhalb der Schienen stand, wurde umgestoßen und kam ohne Verletzungen davon.

Der andere Kollege, der sich zwischen den Schienen befand, wurde umgestoßen und blieb, während der erste Waggon über ihn hinwegrollte, zuerst unverletzt zwischen den Schienen liegen.

Die Rangierer, die den Unfall gesehen hatten, gaben das Haltesignal für den Zug; der Rangierer, der vor dem Zug gegangen war, lief zu dem Verunglückten zurück und rief ihm zu: „liegen bleiben“.

Der zwischen den Schienen liegende Kollege bewegte sich jedoch, als der zweite Waggon über ihn rollte und wurde tödlich verletzt.

Der Zug hielt einige Sekunden darauf.

Der Kollege hätte, wenn er ruhig liege geblieben wäre, noch sein Leben retten können.

Vor Beginn der Arbeiten wäre es notwendig gewesen, daß sich die Kollegen davon überzeugt hätten, ob das Gleis nach beiden Richtungen frei ist. Während der eine Kollege bei Untersuchung an der unter dem Gleis verlaufenden Druckleitung beschäftigt war, mußte der zweite Kollege außerhalb des Profils des lichten Raumes stehend das Gleis in beiden Fahrtrichtungen dauernd beobachten.

2. Ein Gleisbauer verweilte in gebückter Stellung in ca. 1,50 m Abstand zwischen den Gleisen (60er Spur) vor einer haltenden Diesellok (wahrscheinlich, um sich vor herrschendem Sturm zu schützen). Als die Lok anfuhr, wollte er aus dem Gleis herausgehen, blieb aber mit einem Fuß hängen, stürzte zwischen die Schienen und wurde durch die Lok gegen die Schwellen gequetscht und tödlich verletzt.
3. Der Leiter einer Großbaustelle hatte den Bahnkörper der Werkbahn (90er Spur) verlassen, um den Werkzeug vorbeifahren zu lassen. Er betrat den Raum seitlich des Werkgleises kurz vor der zurückfahrenden Lok des Werkzuges, wurde umgefahren und schwer verletzt.
- Auch bei diesem Unfall hat der Verunglückte durch die starken Geräusche des Werkbahnbetriebes und starken Sturm die zurückfahrende Lok nicht gehört.
- Zur Vermeidung gleicher oder ähnlicher Unfälle ist folgendes zu beachten:
- a) Bei Arbeiten an Bahnanlagen und Gleisen der Reichsbahn sind die
- ASB Nr. 351 „Vorschriften für die techn. Sicherheit und den Arbeitsschutz in den Reichsbahnbetrieben“,
- bei Arbeiten in den Betrieben des Braunkohlenbergbaues die
- ASB Nr. 122 „Vorschriften für die techn. Sicherheit und den Arbeitsschutz im Braunkohlenbergbau“,
- bei Arbeiten an Werkbahnen, Anschluß-, Klein- und Straßenbahnen die
- ASB Nr. 352 „Straßen- und Kleinbahnen sowie Anschluß- und Werkbahnen“
- und die
- ASB Nr. 353 „Gleisanlagen und Fahrleitungen“ einzuhalten.
- Bei Unfällen, die sich durch den Bahnbetrieb ereignen, ist immer wieder festzustellen, daß das menschliche Ohr die Fahrgeräusche der Eisenbahnzüge, insbesondere einzelner Fahrzeuge, nicht oder nicht rechtzeitig genug wahrnimmt.
- Kollegen, wenn ihr Gleise in Werkbetrieben überschreitet, seht erst nach beiden Fahrtrichtungen und haltet die Arbeitsschutzbestimmungen ein; bedenkt, daß ihr das Pfeifen der Lok und das Herannahen des Zuges überhören könnt, wenn die Geräusche des Werkbetriebes sehr groß sind.
- Bei Arbeiten an befahrenen Gleisen ist es notwendig, daß die Gleise ständig in beiden Fahrtrichtungen durch Sicherungsposten beobachtet und die Anordnungen der Sicherungsposten genau eingehalten werden, um Unfälle zu vermeiden.
- b) Bei Arbeiten an Gleisen der Deutschen Reichsbahn müssen entsprechend der ASB Nr. 351 Sicherungsposten gestellt werden (Teil I §§ 3 und 4 und Teil II §§ 1 bis 4) und innerhalb der Bahnanlagen die Bestimmungen des Teils I, §§ 14, 15 und 16, und auf Schnellfahrstrecken die Bestimmungen des § 17 der ASB Nr. 351 eingehalten werden.
- Die Sicherungsposten für bahnfremde Betriebe stellt die Reichsbahn.
- Unbefugten und Eisenbahnern, die nicht im Dienst sind, ist das Betreten der Bahnanlagen nicht erlaubt (Teil I, § 18, der ASB Nr. 351).
- Werden Arbeiten an bahnfremde Betriebe übergeben, so hat der Betriebsleiter nach Teil I, § 1 der ASB Nr. 351 den Verantwortlichen dieses Betriebes auf die Gefahren der Arbeitsstelle und die gültigen Arbeitsschutzbestimmungen hinzuweisen.
- c) Bei Arbeiten in Betrieben des Braunkohlenbergbaues ist besonders der Abschnitt XII der ASB Nr. 122 zu beachten; § 187 dieser ASB bestimmt für Arbeiten in Gleisen:
1. Einzelarbeiten in Gleisen, wie Schmieren und Reinigen von Weichen, sowie das Laufen in den Gleisen zu Kontrollzwecken ist nur in Begleitung einer zweiten Person als Sicherungsposten gestattet. Der Begleiter darf nicht im Gleis laufen.
 2. Bei Gleisbauarbeiten von Baukolonnen ist der jeweilige Aufsichtführende oder der zur Aufsicht bestimmte Brigadier für die Durchführung der Sicherungsarbeiten verantwortlich. Zur Beobachtung des Zugverkehrs ist ein zuverlässiger Mann als Sicherungsposten abzustellen, der die arbeitende Kolonne bei Herannahen von Zügen warnt. Er muß profilfrei außerhalb der Gleise stehen und mit Signalhorn und roter Fahne, bei Dunkelheit mit einer roten Lampe, ausgerüstet sein.
- Die Arbeitsstelle ist außerdem durch Warntafeln (A- und E-Tafeln) zu kennzeichnen. Bei Strecken, auf denen gestohbene Züge verkehren, sind die Tafeln entsprechend der größten Zuglänge vorzulegen. Die Warntafeln sind bei Dunkelheit zu beleuchten.
3. Bei Nebel und unsichtigem Wetter sind die Posten zu verstärken, notfalls die Arbeiten einzustellen.
- d) Bei Arbeiten an Gleisanlagen von Kleinbahnen, Anschluß- und Werkbahnen usw. sind von den ASB Nr. 352 und 353 folgende Bestimmungen besonders zu beachten:
- Kurz vor sich bewegenden Zügen und Fahrzeugen dürfen die Gleise weder überschritten noch übersprungen werden.
- Beim Überschreiten von Gleisen ist von stehenden Fahrzeugen ein genügender Abstand (mind. 2 m) einzuhalten, um nicht Gefahr zu laufen, wenn sich das Fahrzeug unvermutet in Bewegung setzt (s. § 13 der ASB Nr. 352).
- Bei Gleisbauarbeiten in Betriebsgleisen sind Sicherungsposten aufzustellen und die §§ 13 und 14 der ASB Nr. 353 einzuhalten.
- Lokomotiven und andere Betriebsmaschinen müssen mit Signalvorrichtungen versehen sein; der Lokomotivführer muß das Anfahren der Maschine durch ein deutlich hörbares Signal anzeigen.
- Wenn an alten Dieselloks Signalanlagen fehlen, so sind diese umgehend anzubringen.
- Der Lokomotivführer und Heizer muß die zu befahrende Strecke dauernd beobachten und vor den Kreuzungen von Verkehrswegen, Arbeitsplätzen und Gleisen sowie beim Befahren unübersichtlicher Gleisstrecken und Gefälle Warnsignale geben und die Fahrgeschwindigkeit so herabmindern, daß der Zug schnell und sicher angehalten werden kann (s. § 25 der ASB Nr. 352).
- Der Lokomotivführer darf Verschiebewebewegungen erst dann ausführen, wenn der Rangierer das hör- und sichtbare Zeichen hierfür gegeben hat. Er muß sich vor dem Anfahren davon überzeugen, daß sich der Heizer und Rangierer außerhalb des Gefahrenbereiches befinden (s. § 37 der ASB Nr. 352 und die weiter dort festgelegten Bestimmungen).
- Es ist besonders darauf zu achten, daß Personen, die an Ohnmacht, Fallsucht, Krämpfen, Schwindel, Schwerhörigkeit, Kurzsichtigkeit u. a. körperlichen Schwächen und Gebrechen leiden, nicht bei Arbeiten an befahrenen Gleisen eingesetzt werden. Die Kollegen sind verpflichtet, ihre Gebrechen den Aufsichtführenden anzugeben.

III. Bauindustrie

22. Angebot von Baumaschinen zur vermögens-rechtlichen Umsetzung

Der VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“, Will-dau, bietet zur Umsetzung in die volkseigene Bau-industrie an:

- 1 Schrapper zum Entladen von Schüttgut aus Waggon,
Leistung: 20-t-Waggon bei 2 Mann ca. 45 Min.
mit elektrischem Antrieb.
Motor DR 066/6; 11/9 kW; 945 Umdr., B 3
(Eigenbau nach bewährtem Muster —
Dt. Solvay-Werke).

Die an der Umsetzung interessierten Betriebe setzen sich unmittelbar mit dem anbietenden Betrieb in Ver-bindung.

C. Buchbesprechung

5. Auswertung des fachtechnischen Schrifttums

Die Anwendung der neuen Technik erfordert die umfassende und schnelle Auswertung der Fach-zeitschriften. In den Entwurfsbüros werden durch-weg Auswertungskarteien, zumeist nach der Klassi-fikation des Sachwortverzeichnisses „Bau“, geführt. Besondere Beauftragte sichern die fachgemäße Durchsicht der Literatur. Durch Listenumlauf wer-den die einzelnen Brigaden und Abteilungen über die einschlägigen Neuerscheinungen unterrichtet. Zur Auswertung des fachtechnischen Schrifttums werden noch folgende Hinweise gegeben:

1. Eine umfassende Information über die Literatur des Bauwesens des In- und Auslandes ermög-licht der Dokumentationsdienst der Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur (WL) in Berlin NW 7, Unter den Linden 8. Er kann für die einzelnen bautechnischen Fachgebiete gesondert über die örtlichen Buchhandlungen oder über den Akademie-Verlag in Berlin W 8, Mohren-straße 39, bestellt werden. Die Entwurfsbüros sollten hiervon weitgehend Gebrauch machen. Der Dokumentationsdienst betrifft u. a. nachbe-zeichnete Gebiete:

Ausbautechnik im Hochbau
Baugrundforschung
Baustoffe
Entwicklung, Entwurf, Konstruktion
im Bauwesen
Holztechnologie
Industriebau
Landwirtschaftliches Bauwesen
Stadtbaugesund Straßenbau
Stahlbeton, Massivbrücken und Gründungen
Stahl/Eisen (mit 22 einzeln beziehbaren
Gruppen, u. a.
Feuerfeste Materialien, Industrieöfen,
Energieerzeugung und -verwendung, Wasser-wirtschaft, Elektrotechnik, Technische Betriebswirtschaft und Arbeitsschutz,
Projektierung, Konstruktion und Standardi-sierung, Bauwesen)
Statik der Baukonstruktionen und Stahlbau
Trink-, Brauch- und Abwasserbiologie
Trink-, Brauch- und Abwasserchemie
Wasserwirtschaft und Wasserbau

Der monatliche Bezugspreis beträgt bei einem Umfang bis 50 Karten DM 4,—, bis 100 Karten DM 6,—, bis 200 Karten DM 10,—, bis 400 Karten DM 18,—, bis 600 Karten DM 24,— und für jedes weitere Hundert DM 2,—. Auskünfte im ein-zelnen erteilt die Abteilung Publikationen der ZWL.

2. Speziell über die sowjetische Fachliteratur un-terrichten die „Inhaltsverzeichnisse sowjetischer Fachzeitschriften“, deren Reihe VI A neben dem Bergbau., der Energetik und dem Maschinenbau ganz besonders auch das Bauwesen umfaßt. Sie bringen gute Inhaltsanalysen in deutscher Sprache über sowjetische Artikel aus den wissenschaft-lichen und Fachzeitschriften der UdSSR. Be-stellungen erfolgen über die ZWL, Abteilung Allgemeine Dokumentation. Der Bezugspreis be-trägt monatlich DM 3,—.

3. Kataloge über sowjetische Buchneuerscheinungen sind im Vorankündigungsdienst durch den Leip-ziger Kommissions- und Großbuchhandel (LKG), Hauptabteilung Kniga, in Leipzig O 5, Rudolf-Renner-Straße 30, kostenlos zu beziehen. Das gleiche gilt für Kataloge über Neuerscheinungen wissenschaftlicher Literatur aus den Ländern der Volksdemokratie.

4. Daneben gibt das „Deutsche Bauzentrum“ in Stuttgart eine „Schrifttumskartei Bauwesen“ mit monatlich rd. 200 Karteikarten heraus. Der Be-zug erfolgt über den jeweils zuständigen Kon-tingentsträger durch den Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel in Leipzig C 1, Leninstr. 16.

5. Die ZWL ist nach den Bestimmungen über die Schaffung einer Zentralstelle für wissenschaft-liche Literatur vom 16. November 1950 (GBl. S. 1166) für die Registrierung der in der Deut-schen Demokratischen Republik durchgeführten Übersetzungen verantwortlich. Zur Vermeidung von Doppelübersetzungen ist vorher bei dem Übersetzungsnachweis der ZWL in Berlin NW 7, Unter den Linden 8 (Tel.: 20 01 11, App. 256), an-zufragen, ob eine Übersetzung bereits vorliegt, Die ZWL ist bereit, gegebenenfalls eine Foto-kopie der Übersetzung zum Selbstkostenpreis abzugeben. Jede beabsichtigte Übersetzung ist vor Beginn der Arbeit auf den vom Über-setzungsnachweis erhältlichen Vordrucken in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zur Auf-nahme in das Archiv ist dem Übersetzungs-nachweis ein gut lesbares Exemplar der Über-setzung kostenlos zur Verfügung zu stellen.

6. Schließlich wird noch auf die Möglichkeiten der Ausleihe schwer zugänglicher Fachzeitschriften aus den öffentlich - wissenschaftlichen Biblio-then der Hoch- und Fachschulen, der Uni-versitäten sowie der Deutschen Bücherei in Leipzig aufmerksam gemacht. Für Berlin und die angrenzenden Bezirke der DDR kommen be-sonders die Staatsbibliothek Unter den Linden 8, die Universitätsbibliothek in der Klara-Zetkin-Straße 27 in Betracht, und die Bibliothek des Magistrats von Groß-Berlin in der Breiten Straße.

gez. Winkler
Minister

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für Aufbau

25X1

1956

Berlin, den 15. Mai 1956

Nr. 9/10

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
A. Allgemeiner Teil		47. Projektierung von Grünanlagen	6
18. Verfügung über Maßnahmen zur Überwindung des Funktionalsystems vom 23. Januar 1956	1	48. Dritte Mitteilung über die Zulassung von Bausachverständigen	6
19. Zuständigkeit der Vertragsgerichte	2	49. Auflagenhöhe der Deutschen Bauordnung	7
20. Beachtenswertes bei der Anwendung des Allgemeinen Vertragssystems	2	II. Baustoffindustrie	
21. Umfang des Versicherungsschutzes der volkseigenen Betriebe Feuerversicherung	3	15. Fachstudium Grobkeramik — Baukeramik	8
B. Besonderer Teil		16. Angebot in Kompressoren	8
I. Technik und Entwurf		17. Erfüllung des Investitionsplanes 1956 in der örtlichen Baustoffindustrie	8
39. Typenbauelemente — Auflage März 1956	4	18. Aufholung der Rückstände aus dem Transportplan des I/56	8
40. Einsparung von Rundstahl	5	19. Bedarfsdeckung mit Schlämmkreide	8
41. Zuschläge für ununterbrochene Beschäftigungsdauer in den zentral- und bezirksgeleiteten Entwurfsbüros für Industrie und Hochbau	5	20. Vertragsabschlüsse mit privaten Natursteinbetrieben	8
42. Behandlung von Projektierungsaufträgen der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG)	5	III. Bauindustrie	
43. Festlegung der Baugrundfläche	5	23. Mitteilung über die Drucklegung der „Technologischen Kartei“	8
44. Anfertigung von Lageplänen durch bautechnische Entwurfsbüros	6	24. Bautagebuch	9
45. Anordnung vom 18. November 1955 zur Durchführung der Architekturkontrolle — GBl. I S. 844 —	6	25. Angebot von Baumaschinen zur vermögensrechtlichen Umsetzung	10
46. Richtlinien für eine einheitliche Typenprojektierung in der Deutschen Demokratischen Republik (Oktober 1955) — Sonderdruck zu Nr. 1/56 der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“ —	6	26. VEB Bagger- und Förderarbeiten Leipzig	10
		C. Buchbesprechungen	
		6. Die Betriebsanalyse in der Baustoffindustrie	10
		7. Mitteilungen für die volkseigene Baustoffindustrie	10
		8. 2. (überarbeitete) Auflage der „Einheitlichen Bauleistungsverzeichnisse (EBV)“	10

A. Allgemeiner Teil

18. Verfügung über Maßnahmen zur Überwindung des Funktionalsystems vom 23. Januar 1956

Das Funktionalsystem wirkt nach innen und außen. Innerhalb des Verwaltungsorgans kommt es dadurch zur Geltung, daß Mitarbeiter von mehreren Funktionalen Weisungen — dazu noch unterschiedlichen Inhalts in gleicher Sache — erhalten. Nach außen zeigt es sich darin, daß Mitarbeiter des übergeordneten Organs unter Umgehung des Leiters der unterstellten Institution sich unmittelbar an einzelne Angestellte wenden, diesen Weisungen geben oder mit ihnen verbindliche Vereinbarungen treffen. Ein solches Verhalten zerstört jeden geordneten Arbeitsablauf und verhindert eine konkrete Anleitung und Kontrolle. Es ist mit dem Prinzip der persönlichen Verantwortung unvereinbar. Gleichwohl sind immer noch Rückfälle

in das Funktionalsystem zu beobachten. Zu seiner Überwindung wird daher gemäß Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr sowie auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 folgendes bestimmt:

I.

(1) In den Industrie-Ministerien sind die Hauptverwaltungen die organisierenden Zentren für die Produktion und die weitere Entwicklung der ihnen unterstellten Industriezweige. Deshalb muß die Stellung des Hauptverwaltungsleiters gestärkt werden. Er selbst muß sich dessen bewußt sein, daß er die Verantwortung für die gesamte politische, ökonomische und administrative Tätigkeit in seinem Bereich trägt. Ihm allein steht, soweit nicht der Minister sich die Entscheidung vorbe-

hält, ein generelles Weisungsrecht gegenüber den unterstellten Betrieben und sonstigen Institutionen zu.
(2) Die Stellvertreter des Hauptverwaltungsleiters und die von ihm beauftragten Mitarbeiter handeln für den HV-Leiter im Rahmen ihrer Befugnisse und Vollmachten. Sie erteilen ihre sich aus dieser Ermächtigung ergebenden Weisungen im Namen des HV-Leiters.

II.

Innerhalb der Hauptverwaltung dürfen Weisungen nur unter strikter Einhaltung der Struktur und Geschäftsverteilung erteilt werden. Beabsichtigt ein leitender Funktionär, einem ihm nicht unterstellten Mitarbeiter eine Weisung zu geben, so hat er das stets auf dem Wege über den Vorgesetzten dieses Mitarbeiters zu tun. Muß der Auftrag oder die Weisung in einem dringenden Falle ausnahmsweise direkt erteilt werden, so hat der Auftraggeber den Vorgesetzten des Beauftragten, sobald dies möglich ist, entsprechend zu unterrichten.

III.

(1) Nur der HV-Leiter oder sein zuständiger Stellvertreter sind berechtigt, Anweisungen grundsätzlichen oder besonderen Inhalts an die Betriebe zu geben. Solche Anweisungen sind ausnahmslos an den Werkleiter zu richten.

(2) Auch sonst hat der Verkehr mit den Betrieben und anderen unterstellten Institutionen grundsätzlich über den Werkdirektor bzw. den Leiter der Institution zu erfolgen.

(3) Darüber hinaus soll in der normalen Zusammenarbeit zwischen Hauptverwaltung und Betrieb jeweils nur ein Organ der Hauptverwaltung in Erscheinung treten, das den Betrieb im Auftrage des HV-Leiters anleitet und kontrolliert und an das sich der Betrieb halten muß. Das soll in der Regel die für den Betrieb zuständige Produktionsabteilung der Hauptverwaltung sein.

IV.

(1) Neben dem Minister sind nur der HV-Leiter oder sein zuständiger Stellvertreter berechtigt, Leiter oder stellvertretende Leiter von Betrieben und sonstigen Institutionen zu Besprechungen in das Ministerium zu bestellen.

(2) Andere Mitarbeiter der Betriebe oder sonstiger Institutionen können von dem zuständigen Abteilungsleiter zur Teilnahme an Beratungen und Verhandlungen aufgefordert werden. Der einladende Abteilungsleiter ist verpflichtet, den HV-Leiter oder seinen zuständigen Stellvertreter hiervon in Kenntnis zu setzen. Ladungen der Vertragsschiedsstelle bleiben hiervon unberührt.

V.

(1) Die Betriebsbesuche der Mitarbeiter des Ministeriums haben der operativen Anleitung und Kontrolle der Betriebe zu dienen. Die Besuche sind auf das dadurch gebotene Maß zu beschränken. Fachliche und politische Aufträge sind in zweckdienlicher Weise miteinander zu verbinden.

(2) Jeder Mitarbeiter des Ministeriums ist verpflichtet, sich bei jedem Besuch in einem Betriebe (Institution) persönlich bei dem Werkleiter zu melden und ihm mitzuteilen, welchen Auftrag er durchführen soll und wie er diesen Auftrag zu erledigen gedenkt. Nach Erledigung seines Auftrages im Betriebe hat der Mitarbeiter den Werkleiter über das Ergebnis zu unterrichten und sich bei ihm abzumelden.

(3) Mitarbeiter der Zentralen Hauptabteilungen und Abteilungen haben vor Antritt einer Dienstreise den für den Betrieb verantwortlichen HV-Leiter oder

dessen zuständigen Stellvertreter über den Zweck ihrer Reise zu unterrichten. Dies gilt nicht, wenn es sich um die Durchführung von Kontrollaufträgen handelt.

VI.

(1) Mitteilung und Anfragen an andere zentrale Staatsorgane haben die Betriebe und sonstigen Institutionen stets über das für sie zuständige Fachministerium zu leiten.

(2) Laden andere zentrale Staatsorgane Mitarbeiter der dem Fachministerium unterstellten Einrichtungen unmittelbar zu Beratungen oder Besprechungen ein, so ist die Ladung an die zuständigen HV-Leiter weiterzureichen, der über die Teilnahme entscheidet.

(3) Die Festlegungen in den Abs. 1 und 2 finden keine Anwendung, wenn es sich um Auflagen des Ministerpräsidenten oder eines seiner Stellvertreter oder um Schriftwechsel bzw. Ladungen im Rahmen von Vertragsschiedsverfahren oder um Auskunftersuchen staatlicher Organe mit entsprechenden Kontrollbefugnissen handelt.

VII.

Im Verkehr mit den Räten der Bezirke und Kreise ist zu beachten, daß diese als örtliche Organe der Staatsmacht in ihren Bereichen in eigener Verantwortung tätig sind. Deshalb ist ein Fachministerium der Industrie nicht berechtigt, diesen Organen Anweisungen zu geben. Wird ein örtliches Staatsorgan um Auskunft oder Mitwirkung in einem bestimmten Falle gebeten, so hat dies in der gebotenen höflichen Form zu geschehen. Schreiben an die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise bedürfen der Unterschrift des Ministers.

VIII.

Auf die zentralen Hauptabteilungen und Abteilungen ist diese Regelung sinngemäß anzuwenden.

Berlin, den 23. Januar 1956.

Selbmann

Stellv. Ministerpräsident

19. Zuständigkeit der Staatlichen Vertragsschiedsstellen

Auszugsweise wird die Mitteilung Nr. 89/55 vom 4. Oktober 1955 zur Kenntnis gegeben:

Die Bezirksvertragsschiedsstellen sind zuständig für Schiedsfälle mit einem Streitwert

bis zu 50 000,— DM aus Nichterfüllung von Verträgen

und bis zu 500 000,— DM aus Vertragsabschlüssen.

Diese Regelung gilt ab 1. November 1955.

20. Beachtenswertes bei der Anwendung des Allgemeinen Vertragssystems

Aus den Verfügungen und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsschiedsgerichts bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. April 1956 entnehmen wir folgendes:

I. Bezahlung von Investarbeiten nach Schließung der Investkonten

Anfragen über die Behandlung von Forderungen auf Bezahlung von Investarbeiten nach Schließung der Investkonten haben die Grundsatzkommission des Staatlichen Vertragsschiedsgerichts bei der Regierung veranlaßt, im

Einvernehmen mit der Deutschen Investbank folgendes festzustellen:

1. Die Pflicht zur Bereitstellung bzw. Beschaffung von Investmitteln obliegt grundsätzlich demjenigen, der das Investvorhaben nach Fertigstellung aktiviert, also in seinen Anlagefonds überführt.
2. Ist die Bezahlung eines Investvorhabens aus Investmitteln wegen deren Verfall oder aus anderen Gründen (z. B. Planungsfehlern) nicht möglich, so gilt folgendes:
 - a) Zunächst muß derjenige eintreten, der dafür verantwortlich ist, daß die Bezahlung aus Investmitteln unmöglich wurde.
 - b) Falls weder der Investträger noch der Baubetrieb, der das Investvorhaben hergestellt oder übergehen (geliefert) hat, verantwortlich ist, so hat der Investträger dafür einzustehen, auch wenn ihn kein Verschulden trifft; denn er übernimmt den durch Herstellung des Investvorhabens geschaffenen, zum Volkseigentum gehörigen Vermögenswert in seinen Anlagefonds (s. Grundsatz 1). Der Investträger muß sich also in diesem Falle um die Beschaffung der für die Bezahlung des Investvorhabens benötigten Mittel bemühen (Nachfinanzierung); unabhängig davon ist er aber gegebenenfalls zu verpflichten, zunächst aus seinen Umlaufmitteln zu bezahlen, um dann später durch die im Wege der Nachfinanzierung bereitgestellten Mittel die entstandene Lücke in seinen Umlaufmitteln zu schließen.

II. Anrechnung der Vertragsstrafe auf den Schadenersatz

Die Spruchpraxis der Staatlichen Vertragsgerichte und der Vertragsschiedsstellen geht von der Erwägung aus, daß die Bestimmung des § 7 Abs. 1 der 6. DB vom 23. Dezember 1953 zur Verordnung über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems — GBl. 1954 S. 21 — nicht dazu verpflichtet, den Charakter der Vertragsstrafe weiterhin nach den Gesichtspunkten der Strafe, des Erziehungsmittels und des Mittels der Signalisierung von Leistungsstörungen zu beschränken. Diese in der Vergangenheit vertretene einschränkende Auffassung wurde endgültig durch die Spruchpraxis aufgegeben.

Es wurde festgestellt, daß die Vertragsstrafe, ohne daß sie die erwähnte Funktion dadurch verlieren müßte, in der Hauptsache normierter Schadenersatz ist.

Wird die Vertragsstrafe als normierter Schadenersatz angesehen, sind Schadenersatzforderungen nur insoweit durchsetzbar, als die erwiesene Forderung eine zu zahlende Vertragsstrafe übersteigt (weiterer Schaden).

Um einheitliche Grundsätze in der Praxis anzuwenden, gelten folgende Richtlinien:

1. wird Vertragsstrafe und Schadenersatz wegen der gleichen Vertragsverletzung geltend gemacht, so ist die Vertragsstrafe auf den Schadenersatz anzurechnen. Dieses gilt auch dann, wenn die Vertragsstrafe verjährt ist.
2. Vertragsstrafe wegen nicht qualitätsgerechter Lieferung oder Leistung (§ 2 Absatz 1b der 6. DB zur VVO) ist nicht auf die Gewährleistungsforderung anzurechnen, Schadenersatzforderungen anderer Art werden jedoch angerechnet.
3. Vertragsstrafen sind auch dann auf den Schadenersatz anzurechnen, wenn mit dieser Schadenersatzforderung eine an Dritte gezahlte Vertragsstrafe geltend gemacht wird. Dieses gilt auch für Vertragsstrafen (Pönale), die von den Außenhandelsorganen oder von den mit Außenhandelsfunktionen betrauten Institutionen an ausländische Partner gezahlt wurden.

4. Wurde in früheren Verfahren bereits über die Vertragsstrafenforderung entschieden, wird in der Regel die Schadenersatzforderung entsprechend der Entscheidung über die Vertragsstrafe behandelt. Wurde der Vertragsstrafenschuldner nur deshalb zur Zahlung von Vertragsstrafe verpflichtet, weil er die Verschuldensvermutung nicht widerlegen konnte, ist in einem späteren auf Ersatz des weiteren Schadens gerichteten Verfahren die Forderung auf Schadenersatz nach den üblichen Regeln zuzulassen.
5. Die Entscheidungsformel ist so zu fassen, daß die Vertragsstrafe und der Schadenersatz gesondert genannt werden.

III. Ausstellung und Inhalt von Rechnungen für Warenlieferungen und Leistungen

Die Verordnung vom 11. September 1952 über die Ausstellung und den Inhalt von Rechnungen für Warenlieferungen und Leistungen ist durch Anordnung vom 26. Januar 1956 (GBl. I S. 207) mit Wirkung vom 27. Februar 1956 außer Kraft gesetzt worden.

Hieraus folgt:

1. Soweit in Allgemeinen Lieferbedingungen nichts anderes vorgeschrieben ist, bleibt die Festsetzung einer Frist für die Erteilung der Rechnung den Partnern überlassen.
2. Eine Verpflichtung, Vertragsstrafe für verspätete Rechnungserteilung zu vereinbaren (§ 2 Absatz 1 Buchstabe a der 6. DB zur VVO), besteht nur dann, wenn dies durch Allgemeine Lieferbedingungen vorgeschrieben ist.
3. Vertragsstrafen, die vor dem Inkrafttreten der Anordnung vom 26. Januar 1956 entstanden sind, sind im Falle schuldhafter Überschreitung der Frist zu bezahlen. Ein Verzicht ist nur gemäß § 5 der 6. DB zur Vertragsverordnung zulässig. Hält der Verzug mit der Rechnungserteilung nach dem 27. Februar 1956 an, so entsteht die Verpflichtung zur Zahlung weiterer Vertragsstrafe nur dann, wenn die Vertragsstrafe wegen verspäteter Rechnungserteilung in allgemeinen Lieferbedingungen vorgeschrieben oder im Verträge vereinbart ist. Der Mustervertrag zählt zu den Allgemeinen Lieferbedingungen.

Die neue Vertragsverordnung wird die geänderte Situation dadurch berücksichtigen, daß § 46 des Entwurfs in der Fassung vom 6. Dezember 1955 folgenden Wortlaut erhält:

„Der Leistende ist verpflichtet, dem Besteller spätestens am dritten Werktag nach der Lieferung oder Leistung Rechnung zu erteilen. Die Rechnungserteilung ist nicht zulässig, wenn Abnahmeverweigerung erklärt ist.“

21. Umfang des Versicherungsschutzes der volkseigenen Betriebe — Feuerversicherung —

Aus einem Urteil des 1. Zivilsenats des Bezirksgerichts in E. vom 28. Dezember 1955 — OVS 47/55 — entnehmen wir folgendes:

Ein dem Ministerium für Aufbau unterstellter volkseigener Spezialbaubetrieb ist auf Grund des Gesetzes vom 9. August 1950 über die Versicherung der volkseigenen Betriebe — GBl. S. 830 — bei der Deutschen Versicherungsanstalt u. a. auch gegen Schäden durch Brand, Blitzschlag und Explosion — Feuerversicherung — pflichtversichert.

Auf einer Baustelle des Betriebes brannte eine Wohnunterkünfbaracke nieder. Durch den Brand verloren die in dieser Baracke untergebrachten Betriebsangehörigen ihre in der Baracke eingebrachten Sachen. Bei der Regulierung der entstandenen Brandschäden ersetzte die Versicherungs-

anstalt die verbrannte Belegschaftshabe nur in 22 Fällen, in denen die geschädigten Eigentümer eine eigene Hausratsversicherung privat abgeschlossen hatten. In 12 weiteren Fällen, in denen eine private Hausversicherung nicht vorlag, lehnte die Versicherungsanstalt die Regulierung des Schadens ab. Sie bestreitet ihre Versicherungspflicht dem Grunde nach und macht hierzu folgendes geltend:

1. Die abgebrannte Wohnbaracke könne nicht als Betriebsstätte im Sinne der 3. Durchführungsbestimmung angesehen werden. Eine derartig weite Auslegung würde den ökonomischen Grundsätzen der volkseigenen Wirtschaft widersprechen und auch mit dem Charakter der gesetzlichen Versicherung der volkseigenen Betriebe nicht in Einklang zu bringen sein.
2. Es sei bekannt, daß vom Betrieb in Wohnbaracken untergebrachte Berufstätige, die nicht täglich von der Arbeitsstelle zu ihren ständigen Wohnorten zurückkehren können, weit mehr an persönlichen Sachen mitführen als diejenigen, die täglich ihren ständigen Wohnort aufsuchen. Den Insassen von Wohnbaracken müsse es daher überlassen bleiben, für den notwendigen Schutz ihrer Sachen selbst zu sorgen. Aufgabe der gesetzlichen Versicherung könne es nicht sein, eine Hausratsversicherung zu ersetzen.

Das Bezirksgericht hatte daher zwei Fragen zu beantworten, nämlich:

1. ob die abgebrannte Wohnbaracke als „Betriebsstätte“ im Sinne der gesetzlichen Regelung anzusehen ist,
2. im Falle der Bejahung der Frage zu 1., ob die in den Aufstellungen des Betriebes bezeichneten brandversicherten Sachen der Belegschaftsmitglieder als „Gebrauchsgegenstände“ Versicherungsschutz genießen.

Der Umfang des Versicherungsschutzes ist in der 3. Durchführungsbestimmung vom 23. Februar 1952 zum Gesetz über die Versicherung der volkseigenen Betriebe — GBl. S. 199 — geregelt.

§ 2 Abs. 1 lautet:

Versichert sind gegen Brand, Blitzschlag und Explosion (Feuerversicherung):

a) Gebäude

b) Betriebseinrichtungen:

Dazu gehören auch die zur Benutzung durch die Belegschaftsmitglieder angeschafften Kultureinrichtungen und Sportgeräte.

§ 2 Abs. 4 schreibt vor:

Mitversichert sind:

a)

b) Gebrauchsgegenstände der Belegschaftsmitglieder ohne Bargeld, Wertpapiere und Kraftfahrzeuge

Die erwähnten Gebrauchsgegenstände der Belegschaftsmitglieder sind auch an den Montageorten, in Betriebsfach-, Betriebsgewerkschaftsschulen und Betriebsinternaten (Schulen) sowie auf den Wegen von und zu diesen versichert.

Das Bezirksgericht hat die obengestellten Fragen bejaht. Es begründet seinen Standpunkt wie folgt:

1. Es würde dem gesetzgeberischen Zwecke zuwiderlaufen, wollte man den Begriff „Betriebsstätte“ einschränkend gleichsetzen mit dem Begriff „Produktionsstätte“. Soweit das Gesetz vom 9. August 1950 die Belegschaftsmitglieder mit

ihrer persönlichen Habe unter Versicherungsschutz stellen wollte, hat es dabei offenbar nicht nur die Arbeit in engerem Sinne, also als produzierende Tätigkeit ins Auge gefaßt, sondern es wollte offenbar alle Betriebseinrichtungen in den Versicherungsschutz einbeziehen, die dazu geschaffen sind, um die kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen oder ihre gesellschaftliche Erziehung und Fortbildung zu fördern, und schließlich auch solche Einrichtungen, die den Belegschaftsmitgliedern während ihrer Arbeitsfreizeit zu dienen bestimmt sind. Es kann deshalb keinem Zweifel unterliegen, daß auch Wohnbaracken als Betriebseinrichtungen in dem bezeichneten Sinne und damit auch als zur Betriebsstätte gehörig anzusehen sind. Mag man auch eine auswärtige Baustelle des klagenden Betriebes nicht ohne weiteres einem „Montageort“ im Sinne des § 2 Abs. 4 der DB gleichsetzen können, so muß doch diese Bestimmung sinn-gemäße Anwendung finden. Das führt dazu, die Wohnunterkünfte als Betriebsstätte im Sinne des Gesetzes zu behandeln.

- II. Die Frage, was unter „Gebrauchsgegenstände“ im Sinne des Gesetzes zu verstehen ist, läßt sich nicht auf Grund einer allgemein gültigen Formel lösen, sondern muß im Einzelfall auf Grund der konkreten Arbeitsverhältnisse beantwortet werden.

Bedenkenlos fallen darunter alle einschlägigen Arbeitsgeräte, die der Werktätige in die Betriebsstätte mitbringt. Weiterhin sollen aber nach Auffassung des Senats auch diejenigen mitgebrachten Gegenstände den Versicherungsschutz genießen, die der Reproduktion der Arbeitskraft dienen. Darunter fallen z. B. die mitgebrachten Kleidungsstücke, und zwar nicht nur die Unterwäsche, die dazu bestimmt sind, über das Wochenende angelegt zu werden, das die betreffenden Werktätigen getrennt von ihren Angehörigen in der Wohnbaracke verbringen. Weiterhin gehören hierzu aber auch solche Sachen, die die kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen geeignet sind, z. B. Bücher, Musikinstrumente usw. Es erscheint dem Senat ebenso unbedenklich zu sein, z. B. eine Harmonika, einen Photoapparat oder ein Radiogerät mittlerer Art und Güte in den Versicherungsschutz einzubeziehen. Soweit bei den mitgebrachten Kleidungsstücken usw. die Grenzen vernünftigen Ermessens nicht überschritten werden, wird man auch hier einen weitherzigen Maßstab anzulegen haben.

Der Senat hat unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesichtspunkte die vom klagenden Betrieb überreichten Schadenslisten geprüft und keine Bedenken gehabt, für sämtliche darin aufgeführten verbrannten Gegenstände den gesetzlichen Versicherungsschutz anzuerkennen.

Das Urteil ist rechtskräftig geworden.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

39. Typenbauelemente — Auflage März 1956

Die Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke sowie die volkseigenen Entwurfs-, Bau- und Baustoffbetriebe erhalten in diesem Monat die ersten drei Bände der „Deutschen Bauzyklopädie“ mit folgendem Inhalt:

- Band 6428/6462 Typenbauelemente für Hochbauten
- Band 6465/6472 Typenbauelemente für Hochbauten und 6384 Spezifische Typenbauelemente für landwirtschaftliche Bauten.

Band 5423/5499 Typenbauelemente für Industriebauten.

Diese Typenbauelemente, die vom Institut für Typung erarbeitet wurden, stellen eine Weiterentwicklung der Werknormen 1956/57 dar unter Zugrundelegung der Richtlinien für eine einheitliche Typenprojektierung in der DDR. Deshalb behalten die Werknormen 1, 2, 6 und 11, soweit nichts anderes durch die vorliegenden Typenbauelemente gesagt wird, ihre Gültigkeit. Die Werknormen 3, 4, 5, 7, 8, 9 und 10 werden hiermit durch die vorliegenden Serien der Typenbauelemente ersetzt ohne Veränderung der Maße und sind bei neu zu projektierenden Bauten nicht mehr anzuwenden.

Für die Einführung und Durchsetzung vorgenannter Typenbauelemente werden die Bezirksnormenaktivs unter Leitung der Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke angewiesen, in einer Beratung unter Hinzuziehung der verantwortlichen Institutionen des Bauwesens des Bezirkes eindeutig festzulegen, wie die schnellste Einführung der Typenbauelemente entsprechend den örtlichen Gegebenheiten vorgenommen werden muß. Diese Festlegungen sind so zu treffen, daß o. g. Typenbauelemente sofort in die Projektierung einfließen. Zu der Beratung des Bezirksnormenaktivs ist ein Vertreter des Instituts für Typung hinzuzuziehen, der Erläuterungen geben wird.

Die Abteilung Aufbau sowie alle volkseigenen Entwurfs-, Bau- und Baustoffbetriebe werden zur erfolgreichen Fortsetzung der Typung von Bauelementen gebeten, bis zum **30. Juni 1956** Vorschläge für die Verbesserung der vorliegenden Typenbauelemente bezüglich Inhalt und Form sowie weitere für die Typung vorzusehende Bauelemente dem Institut für Typung, Berlin C 2, Roßstraße 29/30, zu übersenden.

40. Einsparung von Buntmetall

Trotz der Hinweise und Veröffentlichungen in den „Mitteilungen der volkseigenen Bauindustrie“ zeigen die Stahlauszüge in den Bewehrungsplänen der Entwurfsbüros immer noch Differenzen in der Festlegung der Schnittlängen. Dies trifft insbesondere für die Hakenlängen und Abbiegungen zu.

Die Werte hierfür sind — unter Beachtung der DIN 1045 — in einer Tabelle zusammengestellt und auf dem Wege des überbetrieblichen Erfahrungsaustausches allen Entwurfsbüros und größeren Baubetrieben übermittelt worden.

Die Entwurfsbüros werden hiermit angewiesen, die Aufstellung der Stahlauszüge für die Bewehrung von Stahlbetonkonstruktionen unter Verwendung der

„Rundstahltablette zur Ermittlung genauer Schnittlängen“

ab sofort vorzunehmen.

41. Zuschläge für ununterbrochene Beschäftigungsdauer in den zentral- und bezirksgeleiteten Entwurfsbüros für Industrie- und Hochbau

Im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung sowie dem Ministerium der Finanzen findet die Fünfte Durchführungsbestimmung vom 24. Januar 1956 zur Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz — Zuschläge für ununterbrochene Beschäftigungsdauer — (GBI. I S. 163) auch auf die bautechnischen Entwurfsbüros des Ministeriums für Aufbau einschließlich des Staatlichen Entwurfsbüros für Stadt- und Dorfplanung, des Entwurfsbüros für Industriebahnbau und der Baugrunduntersuchung Berlin sowie auf die bautechnischen Entwurfsbüros der Abteilung Aufbau der Räte der Bezirke Anwendung. Die bezeichneten Entwurfsbüros

sind den volkseigenen Betrieben nach § 2 Buchst. a der Fünften Durchführungsbestimmung gleichgestellt.

42. Behandlung von Projektierungsaufträgen der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften

1. Zahlreiche Zuschriften lassen erkennen, daß die Entwurfsbüros für Hochbau der politischen Bedeutung des genossenschaftlichen Arbeiterwohnungsbaues nicht immer Rechnung tragen. So ist es nicht zu billigen, wenn etwa Entwurfsbüros die AWG an private Architekten verweisen. Wie bereits im Rundschreiben Nr. L 2/1955 der HV Entwurf vom 13. Januar 1955 hervorgehoben worden ist, muß die Unterstützung der AWG als eine selbstverständliche gesellschaftliche Pflicht der Entwurfsbüros empfunden werden, die damit einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten werktätigen Bevölkerung leisten. In einer Reihe von Fällen haben demgemäß auch Entwurfsbüros in vorbildlicher Weise Patenschaften für AWG übernommen.

2. Die Unterstützung der AWG schließt aber neben dem Gebot, sich ihren Aufträgen nicht zu entziehen, auch die Aufklärung und Beratung der AWG in bauwirtschaftlicher Beziehung ein. So ist es Pflicht der Entwurfsbüros, übertriebenen Wünschen der Genossenschaften entgegenzutreten und die zur Verfügung stehenden Typen unter den Genossenschaftlern zu popularisieren und durchzusetzen. Die Vernachlässigung dieser Aufklärungsarbeit hat wiederholt dazu geführt, daß die Entwurfsbüros die in § 5 Abs. 4 der Preisverordnung Nr. 412 bestimmten Projektierungssätze von 150,— bzw. 200,— DM je Wohnungseinheit überschritten haben.

3. Durch die Vergütungssätze von 150,— DM bzw. 200,— DM je Wohnungseinheit sind alle für die Anwendung des Typs erforderlichen Anpassungsarbeiten abgegolten. Hierzu zählen insbesondere:

die Untersuchung des Baugrundes auf seine Tragfähigkeit und die entsprechende Projektierung der Fundamente

die Berücksichtigung von Geländeunterschieden

die Angleichung der Fassaden an die Umgebung

die Anordnung der Kellereingänge unter Berücksichtigung des Geländes

der Anschluß an vorhandene Versorgungsleitungen.

Balkone fallen dann unter den Begriff der örtlichen Anpassung, wenn sie mit Rücksicht auf die Umgebung des Bauwerks aus architektonischen Gründen für erforderlich erachtet werden. Entsprechen sie lediglich einem Liebhaberwunsch der AWG, dann gelten sie als zusätzlich zu bezahlende Leistung. Außenanlagen fallen unter die Anpassungsarbeiten, soweit sie nicht nach § 3 Abs. 3 der Preisverordnung Nr. 412 als besonderes Objekt zu gelten haben.

43. Festlegung der Baugrundaufschlüsse

a) Die Baugrunduntersuchung Berlin hat in allen Fällen, in denen sie im Rahmen der Projektierung von Investitionsbauvorhaben mit der Begutachtung der Baugrund- und Gründungsverhältnisse beauftragt wird, die erforderlichen Baugrundaufschlüsse (Bohrungen oder Schürfgruben) nach Anzahl, Tiefe und Lage selber anzusetzen und im Lageplan oder in einer Lage-skizze einzutragen. Zu diesem Zweck ist ihr von dem Entwurfsbüro ein Lageplan oder eine

Lageskizze in dreifacher Ausfertigung zu übergeben. Je eine Ausfertigung des Lageplans oder der Lageskizze ist nach erfolgter Eintragung der Absätze der Baugrundaufschlüsse für die Baugrunduntersuchung Berlin, für den Bohrbetrieb und für das Entwurfsbüro bestimmt. Liegen bereits Vorentwurfsunterlagen vor, so sind der Baugrunduntersuchung Berlin die Grundriß- und Schnittzeichnungen des geplanten Bauvorhabens, sonst aber eine Baubeschreibung zu übergeben, aus der sich die Abmessungen, der Verwendungszweck und die technologisch erforderlichen Gründungstiefen des Bauwerks, die vorgesehene Gründungsart und die ungefähren Bauwerkslasten ergeben.

- b) Werden andere Institute für Baugrundfragen eingeschaltet, so haben die Entwurfsbüros die Übernahme der zu Ziff. 1 bezeichneten Aufgaben durch die Institute vertraglich zu sichern.
- c) Aus dem der Baugrunduntersuchung zu übergebenden Lageplan (Lageskizze) sollen vorhandene Versorgungsleitungen, insbesondere elektrische Frei- und Kabelleitungen und deren Stromstärken, ferner Gas-, Be- und Entwässerungsleitungen sowie Post- und Fernmeldekabel ersichtlich sein. Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Bohrbetrieb zur Verhütung von Unfällen über die Lage derartiger Kabel Aufschluß zu geben. Das Entwurfsbüro hat den Auftraggeber hierauf ausdrücklich hinzuweisen.
- d) Soweit der bautechnische Projektant nach den Bestimmungen über die Vorbereitung von Investitionsvorhaben bei Vorhaben bis zu einer Bausumme von DM 150 000,— die Baugrund- und Gründungsverhältnisse unter bestimmten Voraussetzungen selber beurteilen kann, hat in den Entwurfsbüros der Bearbeiter für Baugrundfragen die erforderlichen Baugrundaufschlüsse anzusetzen.

44. Anfertigung von Lageplänen durch bautechnische Entwurfsbüros

Die Staatliche Plankommission hat am 11. April 1956 im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern auf Grund von § 1 Abs. 3 der Verordnung vom 22. Dezember 1955 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes und des Generalreparaturplanes sowie der Lizenzen (GBl. I 1956 S. 83) zu § 19 Ziff. 4 b und zu § 35 Ziff. 1 b der Anordnung vom 20. Januar 1956 (Sonderdruck 150 des Gesetzblattes) folgender Regelung zugestimmt:

„Ist im Hinblick auf das Bauvorhaben ein spezialisierter Lageplan erforderlich, so kann die Anfertigung und Beglaubigung des Lageplans auch unmittelbar durch die Vermessungsabteilung eines staatlichen Entwurfsbüros erfolgen.“

Eine entsprechende Anordnung der Staatlichen Plankommission wird im Gesetzblatt veröffentlicht werden. Es kann jedoch bereits jetzt danach verfahren werden.

45. Anordnung vom 18. November 1955 zur Durchführung der Architekturkontrolle (GBl. I S. 844)

Zu § 3 Buchstabe f der Anordnung über die Durchführung der Architekturkontrolle wird erläuternd bemerkt, daß die geforderte Stellungnahme der Staatlichen Bauaufsicht lediglich die grundsätzliche Unbedenklichkeit in funktioneller und konstruktiver Hinsicht bestätigen soll. Die Erteilung der Baugenehmigung durch die Staatliche Bauaufsicht bildet den Abschluß aller Prüfungsgänge.

46. Richtlinien für eine einheitliche Typenprojektierung in der Deutschen Demokratischen Republik (Oktober 1955); Sonderdruck zu Nr. 1/56 der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“

Im Anschluß an die Mitteilung Nr. B I Ziff. 27 der „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 6/56 sind die „Richtlinien vom 7. Dezember 1955 für eine einheitliche Typenprojektierung in der Deutschen Demokratischen Republik (Oktober 1955)“ weiterhin wie folgt zu berichtigen:

1. In Teil I Ziff. 03.206 sind die Worte „nach EBV“ zu streichen. In ihre Stelle ist zu setzen: „mit Preisen nach Festpreiskatalog.“
2. In Teil I Ziff. 03.208 sind die Worte „nach der Anleitung für Bauleiter, Anlage 3“ zu streichen.

47. Projektierung von Grünanlagen

Aus gegebener Veranlassung wird darauf hingewiesen, daß bei dem Entwurfsbüro für Industriebahnbau Berlin in Berlin N 4, Chausseestraße 129, eine Brigade für Grünplanung besteht. Sie führt Projektierungen von Grünanlagen für Industrie- und Hochbauten sowie landschaftsgestalterische Maßnahmen durch.

48. Dritte Mitteilung über die Zulassung von Bausachverständigen auf Grund der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 17. Februar 1955 zur Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht (GBl. S. 175*)

Auf Grund des Beschlusses der Zulassungskommission für Bausachverständige beim Ministerium für Aufbau vom 22. März 1956 sind folgende Bausachverständige zugelassen worden:

1. für Allgemeinen Hochbau

Georg Roediger, Halle/Saale- Breitscheidstr. 91
Paul Schaefer, Mühlhausen/Th., Goetheweg 71

2. für Statik und Konstruktion

Dr. Ing. Herbert Göner, Halle/Saale,
August-Bebel-Straße 47
Fritz Haker, Schwerin, Wederstraße 10
Dr. Walter Hauße, Dresden A 40, Poisenweg 8
Paul Kern, Plauen/Vogtland, Schildstraße 28
Otto Heinz Ledderboge, Deutsche Bauakademie,
Berlin NW 7, Hannoversche Straße 30
Bernhard Lehmann, Caputh, Kastanienallee 1
Karl Heinz Schultz, Deutsche Bauakademie,
Berlin NW 7, Hannoversche Straße 30

3. für Fliegende Bauten

Dr. Ing. Herbert Göner, Halle/Saale,
August-Bebel-Straße 47

4. für Kälte- und Schallschutz

Dr. Ing. Herbert Göner, Halle/Saale,
August-Bebel-Straße 47

5. für Schornsteinbau

Dr. Ing. Herbert Göner, Halle/Saale,
August-Bebel-Straße 47

* 1. Veröffentlichung s. Mitteilungsblatt Nr. 3/55 S. 2 vom 15. November 1955
2. Veröffentlichung s. Mitteilungsblatt Nr. 2/56 S. 9 vom 15. Januar 1956

6. für Haustechnik

Heinrich Boschen, Görlitz, Zittauer Straße 64

7. für Wertermittlung

Gustav Ackerlein, Freiberg/Sa., Parkstraße 8
 Karl Backhaus, Dessau, Lessingstraße 5
 Kurt Barig, Gorden, Krs. Liebenwerda, Staupitzer Straße 129a
 Paul Barsch, Malter, Krs. Dippoldiswalde, Straße der Einheit 14
 Kurt Barthel, Mittweida, Krs. Hainichen, Leisniger Straße 46
 Willibald Baumann, Berlin-Lichtenberg, Marie-Curie-Allee 19
 Gottfried Berkemeyer, Görlitz, Holteistraße 11
 Walther Beyer, Leipzig S 3, Prinz-Eugen-Straße 50
 Alfred Bischoff, Leipzig S 3, August-Bebel-Str. 40
 Emil Böhm, Zschopau, Chemnitzer Straße 2
 Gustav Böhme, Neundorf, Krs. Staßfurt, Wilhelmstraße 15
 Richard Braband, Luckenwalde, Mittelstraße 28
 Walter Bremer, Stendal, Weidengang 8
 Max Dalitz, Guben, Am Gehege 19
 Karl Dassel, Finsterwalde N/L, Ponnendorfer Berg
 Josef Demkopf, Spremberg, Bergstraße 19
 Richard Englisch, Eberswalde, Walter-Rathenau-Straße 4
 Hermann Finck, Halle/Saale, Liebenauer Straße 6
 Walter Flegel, Blankenfelde, Krs. Zossen, August-Bebel-Straße 25
 Paul Furkert, Straupitz, Krs. Lübben
 Max Gänge, Rostock, Rosa-Luxemburg-Straße 37
 Max Gaul, Dresden A 20, Caspar-David-Friedrich-Straße 9b
 Martin Goldhan, Aue/Sa., Straße der Befreiung 6
 Helmut Goerner, Grimma/Sa., Töpferstraße 4
 Erich Großmann, Dresden N 6, Glacisstraße 3
 Karl Haller, Zwickau, Klement-Gottwald-Straße 47
 Georg Hauser, Bautzen, Parkstraße 6
 Werner Hebert, Schwerin, Schloßgarten-Allee 9
 Erich Heiser, Leipzig C 1, Gottscheidstraße 11
 Leopold Helle, Oschatz, Dresdener Straße 49
 Max Hoffmann, Frankfurt/Oder, Halbestraße 25
 Karl Kaddatz, Stralsund, Karl-Krull-Straße 88
 Rudolf Kajzar, Haldensleben, Bülstringer Straße 53
 Wilhelm Kasch, Güstrow, Trotsche Straße 14
 Wilhelm Klaus, Völpke, Bez. Magdeburg, Friedensstraße 34
 Karl Knaus, Leipzig W 33, Will-Zipperer-Straße 74
 Walter König, Waldheim, Krs. Döbeln, Stalinstr. 44
 Gerhard Koppisch, Borna, Rosa-Luxemburg-Straße 30
 Friedrich Künne, Salzwedel, Freiligrathstraße 41
 Kurt Krause, Dresden A 29, Gompitzer Straße 7
 Alfred Lange, Wernigerode, Vorweg 13
 Bruno Lohmüller, Neuenhagen b/Berlin, Fontanestraße 86
 Reinhard Marwitz, Werder/Havel, Puschkinstr. 18
 Carl Mazukuly, Altenburg, Bez. Leipzig, Ernst-Thälmann-Straße 15a

Heinz Mehley, Berlin-Köpenick, Bahnhofstraße 14

Paul Merbach, Tabarz, Krs. Gotha, Langenhainer Straße 41

Hanns Michells, Angermünde, Heinrichstraße 14
 Gustav Müller, Wanzleben, Bez. Magdeburg, Pestalozziweg

Kurt Müller, Magdeburg, Karl-Marx-Straße 229a

Heinz Muschke, Halle/Saale, Benkendorfer Str. 62

Fritz Nothtroff, Schwerin, Tannenhöfer Allee 3

Reinhold Olm, Weimar, Eduard-Rosenthal-Str. 38

Fritz Posseckardt, Dresden A 34, Zastrowstraße 9

Dr. Ing. Albert Rannacher, Altenburg, Bez. Leipzig, Rudolf-Breitscheid-Straße 4

Walter Rauer, Dahme/M., Krs. Luckau, Hauptstraße 9

Willi Reifenstein, Großmonra, Krs. Sömmerda, Nr. 120

Horst Richter, Sömmerda, Wenigensömmersche Str.

Georg Roediger, Halle/Saale, Rudolf-Breitscheid-Straße 91

Ernst Rogge, Bobbau, Krs. Bitterfeld, Anhalter Straße 6a

Kurt Röhl, Greussen, Krs. Sondershausen, Wilhelm-Külz-Straße 24

Otto Sauer, Fürstenwalde/Spree, Friedrich-Engels-Straße 8

Max Sußmann, Wolgast, Bez. Rostock, Chausseestraße 13

Josef Schade, Arnstadt, Bez. Erfurt, Richard-Wagner-Straße 23

Paul Schaefer, Mühlhausen/Thür., Goetheweg 71

Carl Schlüter, Parchim, Goethe-Allee 26

Ewald Schmidt, Zella-Mehlis, Dr.-Th.-Neubauer-Straße 27

Gustav Schmidt, Eisenach, Tiefenbacher Allee 46

Leontius Schmiedl, Annaberg-Buchholz 1, Straße der Befreiung 85

Wilhelm Schöne, Frankfurt/Oder, Güldendorf, Weinberge 104

Erich Schulze, Ketzin/Havel, Ernst-Thälmann-Straße 29

Kurt Thalheim, Eilenburg, Torgauer Straße 17

Wilhelm Tharan, Groß-Buckow, Krs. Spremberg

Max Theimert, Potsdam, Birkenstraße 4

Max Theuerkorn, Leipzig O 27, Marienbrunner Straße 1

Alfred Thomas, Langerwisch, Krs. Potsdam, Hauptstraße 2

Max Winkler, Senftenberg N/L., Reyerbachstr. 3

Albert Wöhner, Bernburg, Steinstraße 60

Otto Wustlich, Zwickau, Klement-Gottwald-Str. 47

Die Zulassung des Paul Kern, Plauen/Vogtl., Schildstraße 28, als Bausachverständiger für Wertermittlung, (Mitteilungsblatt Nr. 2/1956, S. 10) ist gestrichen worden.

Ferner ist die Zulassung des Friedrich Wilh. Straube, Magdeburg, Otto-von-Guericke-Straße 80, als Sachverständiger für Holzschutz im Hochbau erloschen.

49. Auflagenhöhe der Deutschen Bauordnung

Unter Bezugnahme auf die Mitteilung in Heft 5/1955 der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“ Nr. B I Ziff. 27 wird bekanntgegeben, daß

CSLT-11247

mit der Herausgabe der Deutschen Bauordnung erst im IV. Quartal 1956 zu rechnen ist. Alle bisher eingegangenen Bestellungen werden zu gegebener Zeit an den Deutschen Zentralverlag, Berlin, weitergeleitet.

Wir bitten, diesen Hinweis als Antwort auf zahlreich eingegangene Anfragen zu betrachten.

II. Baustoffindustrie

15. Fachstudium Grobkeramik — Baukeramik

Seit 1954 haben viele Absolventen nach ihrem Studium, ausgerüstet mit dem Wissen des Ingenieurs, in unseren Baustoffbetrieben durch ihre Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Produktion und an der Erfüllung des 1. Fünfjahrplans geleistet.

Der 2. Fünfjahrplan braucht viele hochqualifizierte Fachleute in unserer Baustoffindustrie, die die Materialien für den Wiederaufbau und Neubau ganzer Städte, Dörfer und Industriewerke liefern sollen. Große Perspektiven ergeben sich durch die Industrialisierung im Bauwesen. Neben der Zement- und Betonindustrie hat hierbei auch die Ziegelindustrie große Aufgaben zu erfüllen.

Im September 1956 richtet die Fachschule für Baustoffe in Apolda zwei neue Klassen für das Fachstudium Grobkeramik ein. Aus unseren volkseigenen Ziegelbetrieben sollen Jungfacharbeiter, Aktivisten und Bestarbeiter zu einer Ausbildungszeit von drei Jahren delegiert werden, um nach Abschluß des Studiums als Ingenieure an der weiteren Verbesserung der Lebenslage unserer Bevölkerung im 2. Fünfjahrplan mitzuhelfen.

Wir fordern alle Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen auf, sofort in Beratungen und persönlichen Gesprächen Jungfacharbeiter und Bestarbeiter für das Studium der Fachrichtung Grobkeramik — Baukeramik an der Fachschule für Baustoffe zu interessieren und umgehend die entsprechenden Bewerbungsunterlagen an die genannte Fachschule für Baustoffe, Apolda, Opelstraße 2, Fernruf 67, einzusenden. Auskünfte werden jederzeit erteilt.

16. Angebot in Kompressoren

Die SDAG Wismut bietet aus Überplanbeständen folgende Kompressoren an:

- 1 Stück Type „Boris“ 2 CAS Fabriknummer 23 913 Jahrgang 1947, 10,0 m³ Leistung, 480 n, Kühlwasserverbrauch 80 Ltr., 6 atü dazu: 1 Ölkühler, 1 Zwischenkühler, 1 Drehstrommotor 90 kW, SW, D 96/6, Kurzschl. 380 V, 970 n, und
- 3 Stück Type VLAR 2 (finn.) Fabriknummern 3530/3531/3532, je Leistung 12,2 m³, Drehzahlen je 500 min., je Kraftbedarf 80 kW, je Kühlwasserverbrauch 45 Ltr., je 6 atü dazu: 2 Schwungräder, 3 Anlasser 190 A, 3 Drehstrommotoren 80 kW, Fa. Stromberg, Schleifrg., 220/380 V, 1480 n, 3 Schützen.

Die Einzelpreise komplett stellen sich auf ca. 9500,— ab Bahnhof Ober-/Niederschlema/Erzgebirge.

Die Kompressoren sind einsatzfähig, lagern trocken und sind im besten Zustand und verpackt.

Interessenten wenden sich an SDAG Wismut, Objekt 2, Technische Versorgung — Realisierung — Hauptverwaltung Oberschlema.

Telefon: 626 Amt Schneeberg/Erzgebirge.

17. Erfüllung des Investitionsplanes 1956 in der örtlichen Baustoffindustrie

Der Stand der Erfüllung der Investitionspläne in den Betrieben der örtlichen Baustoffindustrie ist außerordentlich mangelhaft. Es ist erforderlich, daß sich die

Verantwortlichen der Betriebe sowie der Abteilung Aufbau der Räte der Bezirke und Kreise sofort mit dem Stand der Erfüllung des Investitionsplanes befassen. Für die Zukunft sind regelmäßige Beratungen über den Erfüllungsstand und einzuleitende Maßnahmen durchzuführen. Evtl. erforderliche Umsetzungen zur Sicherung des Kapazitätswachses sind rechtzeitig vorzunehmen, damit eine volle Ausschöpfung der Investitionsmittel und das im Plan festgelegte Ziel zu den bestimmten Terminen unbedingt erreicht werden.

18. Aufholung der Rückstände aus dem Transportplan des I./56

Nach einer Rücksprache mit dem Ministerium für Verkehrswesen ist die Reichsbahn in der Lage, die Rückstände aus dem Transportplan des I./1956 durch genügende Waggonbereitstellung aufzuholen. Wir empfehlen, in den Bezirken das Beispiel aus der Arbeit des regionalen Transportausschusses in Cottbus anzuwenden, der in enger Zusammenarbeit mit der DHZ Baustoffe einen Plan aufstellte, der entsprechend der Dringlichkeit die Reihenfolge der Werke festlegt, die bei evtl. Waggonausfall vorrangig bedient werden.

19. Bedarfsdeckung mit Schlämmkreide

Durch einen Verbesserungsvorschlag, welcher von dem Ministerium für Aufbau, HA Technik, Zentrales Büro für Erfindungswesen, anerkannt wurde, sehen wir uns veranlaßt, den Räten der Bezirke folgende Anregung zu geben:

Das Aufkommen an Schlämmkreide reicht nicht aus, um die gesamte Bauwirtschaft 100proz. zu versorgen. Aus diesem Grunde empfehlen wir die Verwendung von Schlämmkreide gemeinsam mit kohlensaurem Kalk von den Leuna-Werken „Walter Ulbricht“.

Die auf Veranlassung des Zentralen Büros für Erfindungswesen durchgeführten Versuche beim VEB Malerei und Glaserei, Berlin, sind positiv verlaufen. Die Abteilungen Aufbau bei den Räten der Bezirke haben dadurch die Möglichkeit, ihren Bedarf voll zu decken.

20. Vertragsabschlüsse mit privaten Natursteinbetrieben

Gemäß Sonderdruck Nr. 123 und der Ergänzung zu dieser Anordnung sind die privaten Natursteinbetriebe verpflichtet, die gesamte Produktion der in der Anlage zum Sonderdruck besonders gekennzeichneten Materialien mit der DHZ Baustoffe, NL Natursteine Dresden, rahmenabsatzmäßig zu binden.

Die Abteilungen Aufbau bei den Räten der Bezirke werden darauf hingewiesen, bei dem Abschluß dieser Verträge die DHZ Baustoffe, NL Natursteine Dresden, zu unterstützen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß sich ein großer Teil der privaten Betriebe weigerte, einen Vertrag mit der DHZ Baustoffe abzuschließen. Im Interesse der Verbesserung der Versorgung mit Natursteinen ist eine 100proz. Erfassung des gesamten Produktionsaufkommens der Deutschen Demokratischen Republik erforderlich. Erst dann können auch die Räte der Bezirke mit einer besseren Abdeckung ihres Bedarfes rechnen.

III. Bauindustrie

23. Mitteilung über die Drucklegung der „Technologischen Karten“

Das Institut für Bauindustrie, Leipzig, hat in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Aufbau die „Technologischen Karten“ (gemäß Beschluß des Ministerates vom 21. April 1955 über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen — Teil II Abschn. A Ziff. 1 c) ausgearbeitet.

Die „Technologischen Karten“ oder Mustertechnologien bilden für die Baubetriebe eine wesentliche Hilfe bei der Ausarbeitung des Arbeitsprojektes entsprechend den „Richtlinien für die Arbeitsvorbereitung in den volkseigenen Betrieben der Bauindustrie“ Abschnitt 4.12.

Es ist jedoch notwendig, die Auflagenhöhe exakt nach dem tatsächlichen Bedarf der volkseigenen Baubetriebe und der örtlichen Staatsorgane und Institutionen zu bestimmen. Aus diesem Grunde werden hiermit alle volkseigenen Baubetriebe von der geplanten Drucklegung der „Technologischen Karten“ unterrichtet.

Die Betriebe, Institutionen und alle anderen Interessenten haben ihre Bestellungen in zweifacher Ausfertigung bis zum 31. Mai 1956 an die Hauptabteilung Bauindustrie, Abteilung Organisation und Technik der Bauproduktion aufzugeben, unter Angabe der Kartennummer mit Stückzahl.

Neuaufgabe erfolgt erst 1957.

Die meisten „Technischen Karten“ bestehen aus zwei Druckblättern. Jedes Druckblatt kostet voraussichtlich etwa 0,05 DM.

Es sind bisher nachstehend aufgeführte Karten druckreif:

Karte Nr.	1.01.01	Erdtransport, leichter Diesellok-betrieb
	1.01.02	Gleisloser Erdtransport, Zugmaschine
	1.01.03	dto., 8,0 t Tragkraft
	1.02.01	Entladen von Hintermauerungssteinen mit Förderband
	1.02.02	dto., mit Rollenbahnen
	1.04.01	Entladen von Kies mit Handschraper und Förderband
	1.05.01	Entladen von Zement mit Spiralförderer in Anhänger
	1.05.02	dto. in Schuppen
	1.05.03	Entladen von Zement mit Handschraper und Förderband in Anhänger
	1.05.04	dto. in Silos
	1.05.05	dto. (lose Bindemittel) in Schuppen
	1.06.01	Betontransport mit gummi-bereifter Schubkarre
	1.06.02	Betontransport mit Schüsselwagen
	1.06.03	dto. mit Muldenkipper
	1.06.04	Leichter Diesellokbetrieb mit Muldenkippern
	1.06.05	Betontransport mit Pumpe
	3.01.01	Handschachtung in Muldenkipper
	3.01.02	dto. mit Muldenkipper, 0,73m ³ Inhalt über Beladebrücke
	3.01.03	Handschachtung, Muldenkipperbetrieb (Preßluftspaten),
	3.01.04	dto. (Bohren und Sprengen)
	3.01.05	Handschachtung, Förderbandbetrieb
	3.01.06	dto., schwerer Boden
	3.01.07	dto. und Handschraper, leichter Boden
	3.01.08	dto., Lösen mit Preßluftspaten
	3.01.09	Handschachtung mit Baugrubenaufzug

3.01.10	Handschachtung in Muldenkipper mit Plattformaufzug
3.01.11	Handschachtung mit Plattformaufzug
6.01.01	Betonmischanlage Freifallmischer 150 l
6.01.02	dto. 250 l
6.01.03	dto. Schüsselwagenzubringer
6.01.04	dto. 375 l
6.01.05	dto. mit Zementsilo, Muldenkipperzubringer
6.01.06	dto. 500 l
6.01.07	dto. mit Zementsilo, Muldenkipperzubringer
6.01.08	dto. Kippkübelbetrieb auf Wiegevorrichtung
6.01.09	dto. Silobetrieb für Bindemittel und Zuschlagstoffe
6.01.10	dto. 2 Freifallmischer je 500 l
6.01.11	dto., Muldenkipperbetrieb
6.01.12	Betonmischanlage am Hang, Freifallmischer, kontinuierlich 2,13 m ³ /h

Die Bezahlung der bestellten Exemplare erfolgt über Rechnung an die Besteller.

24. Bautagebuch

Im Rahmen der Vereinheitlichung der von der volkseigenen Bauindustrie anzuwendenden Vordrucke wurde vom „Zentralen Arbeitskreis zur Vereinheitlichung des Vordruckwesens“ eine Überarbeitung des Bautagebuches durchgeführt. Das Bautagebuch liegt in der neuen Fassung vor und ist beim VEB Vordruck-Leitverlag Weimar unter der Best.-N. 04 357/1 beziehbar.

Musterandrucke sind den Betrieben und beteiligten Stellen am 26. März 1956 von der Abteilung Arbeit der Hauptabteilung Bauindustrie übersandt worden.

Das Bautagebuch wird im Format DIN A 5 als ein in sich geschlossenes, mit durchnummerierten Blättern versehenes Buch ohne Durchschriften hergestellt. Die Führung von Bautagebüchern in Lose-Blatt-Form ist nicht zulässig. Nur soweit noch Vorräte von Bautagebüchern anderer Formate oder als Durchschreibe-Tagebücher vorhanden ist, können diese aufgebraucht werden. Für Neubeschaffungen ist nur noch die neue Form zugelassen.

Die neue Fassung des Bautagebuches sieht für den Baustellenleiter vor, daß er Arbeitsunterbrechungen infolge Schlechtwetter vom Investbauleiter durch Gegenzeichnung bestätigen zu lassen hat. Im Einvernehmen mit der Deutschen Investitionsbank entfallen mit der Einführung dieser Regelung die bisher verwendeten sog. Schlechtwetter - Protokolle. Das Schlechtwetter-Protokoll wird ausreichend durch die Bestätigung des Investbauleiters im Bautagebuch ersetzt. Es besteht ebenfalls Einvernehmen mit der Deutschen Investitionsbank darüber, daß die Abrechnung der Nachweiskosten bei Schlechtwetter künftig formlos durch einfache Rechnungslegung zu erfolgen hat. Als Bestätigung für die Richtigkeit genügt eine in die Rechnung aufzunehmende Versicherung des bauausführenden Betriebes mit nachstehendem Wortlaut:

„Es wird versichert, daß die vorliegende Belastung dem durch Schlechtwettereintritt entstandenen Aufwand entspricht. Die Gegenzeichnung des Investbauleiters für die infolge Schlechtwetter eingetretene Arbeitsunterbrechung liegt im Bautagebuch vor.“
Unterschrift.“

25. Angebot von Baumaschinen zur vermögensrechtlichen Umsetzung

Die Abteilung Aufbau beim Rat des Bezirkes Dresden, Dresden N 6, Dr.-Rudolf-Friedrichs-Ufer 2, bietet zur Umsetzung in die volkseigene Bauindustrie an:

1 Grabenbagger max. Grabentiefe 4 m

Fabr.-Jahr 1956
Std.-Leistung 175 cbm
Antrieb: Dieselmotor 100 PS
Grabentiefe 4 m — 36 lfdm./Std.
Transportgeschwindigkeit 2,4 km

Die an der Umsetzung interessierten Betriebe setzen sich unmittelbar mit der anbietenden Stelle in Verbindung.

26. VEB Bagger- und Förderarbeiten Leipzig

Mit Wirkung vom 1. April 1956 ist der

VEB Bagger- und Förderarbeiten Leipzig

gebildet worden.

Dieser Betrieb ist der Hauptverwaltung Spezialbaubetriebe unterstellt. Die Betriebsleitung hat ihren Sitz in

Leipzig-Böhlitz-Ehrenberg,
Heinrich-Heine-Straße 21/23,
Telefon: 4 51 35

und setzt sich wie folgt zusammen:

Betriebsdirektor (kommissarisch):
Herr Helmut Schlömann

Technischer Direktor (kommissarisch):
Herr Herbert Pöper

Hauptbuchhalter:
Herr Karl Holecek

Die Aufgaben des VEB Bagger- und Förderarbeiten Leipzig sind vollmechanisierte Durchführung von Ausubarbeiten einschließlich Abtransport (gleislos) entsprechend den Bestimmungen in der Anordnung vom 23. August 1955 über die Bildung von VEB Bagger- und Förderarbeiten Berlin (GBI. II S. 309).

C. Buchbesprechung

6. Die Betriebsanalyse in der Baustoffindustrie

Im VEB Verlag Technik, Berlin, erschien die für die Baustoffindustrie wertvolle Übersetzung von N. E. Fugelsang und H. J. Sotin

„Die Betriebsanalyse in der Baustoffindustrie“

Die Verfasser zeigen an Hand praktischer Beispiele die Ermittlung der wichtigsten technischen und wirtschaftlichen Kennziffern, die für die Betriebe von größter Bedeutung sind.

So werden z. B. bei der Erarbeitung der technischen Kennziffern der Hauptausrüstungsarten erläutert:

Kalksandsteinindustrie:

- Errrechnung der Umschlagsfähigkeit der Autoklaven
- Errechnung der mittleren Zyklusdauer der Dampfhärtung
- Errechnung des Dampfverbrauches je 1000 Steine

Ziegelindustrie:

- Errechnung der Produktivität eines Eimerkettenbaggers je Schicht

Errechnung der Koeffizienten der Ausnutzung der Arbeitszeit

- Errechnung der Produktivität der Pressen
- Errechnung der Zyklusdauer der Trocknung
- Errechnung der Umschlagszahl der Trockenschuppen in einer Saison

Errechnung der Dauer des Brennzyklus der Ziegel

Weitere technische Kennziffern werden auch noch für die Natursteinindustrie, Kalkindustrie, Betonindustrie etc. angeführt.

Neben der Erarbeitung der wichtigsten technischen und wirtschaftlichen Kennziffern und deren Anwendung in den Betrieben, werden auch die Methoden zur Analyse des Produktions-, Arbeitskräfte- und Selbstkostenplanes sowie der Materialversorgung und der Finanzkennziffern erläutert.

Aus dem Inhalt:

- Aufgaben und Methoden zur Analyse der Planerfüllung
- Die Erfüllung des Produktionsprogramms
- Tempo und Rhythmus der Produktion
- Die Ausnutzung der Grundmittel des Betriebes
- Die wichtigsten Kennziffern der Hauptausrüstungsarten
- Die Kennziffern der Arbeitskraft
- Erfüllung des Planes der Materialversorgung
- Kennziffern der Selbstkosten der Erzeugnisse
- Finanzkennziffern

Allen Werkleitern, Ingenieuren, Hauptbuchhaltern, Betriebswirtschaftlern und Planern wird diese Broschüre eine wertvolle Hilfe zur Lösung ihrer Aufgaben sein. Bestellungen sind zu richten an:

VEB Verlag Technik, Berlin NW 7, Unter den Linden 12

N. E. Fugelsang und H. J. Sotin
Betriebsanalyse in der Baustoffindustrie
Übersetzung aus dem Russischen
Format DIN A 5, 90 Seiten
35 Tafeln, broschiert DM 5,60

7. Mitteilungen für die volkseigene Baustoffindustrie

Es besteht Anlaß, auf die im Eigenverlag des Instituts für Baustoffe, Weimar, erscheinenden „Mitteilungen für die volkseigene Baustoffindustrie“ hinzuweisen. Ihr Inhalt ist nicht nur für die baustoffherzeugende Industrie, sondern auch für alle Betriebe der Bauindustrie sowie die bautechnischen Entwurfsbüros von Bedeutung. Die Hefte erscheinen monatlich in einem Umfange von z. Z. 20 Seiten. Ihr Preis beträgt DM 0,50. Der Bezug erfolgt über das Buchhaus Leipzig in Leipzig C 1, Querstraße 4/6.

8. Zweite (überarbeitete) Auflage der „Einheitlichen Bauleistungsverzeichnisse“ (EBV)

Die vom Entwurfsbüro für Typung entwickelten und im Verlag Technik erschienenen „Einheitlichen Bauleistungsverzeichnisse“ (EBV) Heft 1 bis 6 werden durch die zweite (überarbeitete) Auflage, die in kurzer Zeit im Buchhandel erscheinen wird, abgelöst. Die zweite Auflage beruht auf den bei der Fertigstellung des Festpreiskatalogs (Sonderdruck Nr. 124 des Gesetzblattes) gewonnenen neuen Erkenntnissen.

gez. Winkler
Minister

Herausgeber: Ministerium für Aufbau Verlag: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin Veröffentlicht unter Nr. Ag 105/56/DDR.
Erscheint jeweils am 1. und 15. eines jeden Monats Druck: Volksdruckerei Ostharz, Werk Bernburg